Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer- u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 31. Sonnabend den 31. Januar 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 1. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Zu dem Neubau einer dritten Schule in Leipzig-Gohlis sollen
1) die Glaserarbeiten,
2) die Tischlerarbeiten,
3) die Schlosserarbeiten
vergeben werden.

Die Angebots-Formulare und Bedingungen können bei dem Herrn Architekten Hannemann, hier, An der Alten Elster Nr. 10, 2. Etage, gegen Erlegung der Gebühren von 75 resp. 50 ₰ entnommen werden, die Angebote sind aber bis zum

9. Februar 1891, Nachmittags 5 Uhr,

versiegelt und mit der Aufschrift:

„Glaser-, bez. Tischler-, bez. Schlosserarbeiten III. Schule Leipzig-Gohlis"

auf unserem Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 5, abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung aller Angebote vor.

Leipzig, den 27. Januar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ih. 450. Dr. Georgi. Bahse.

Versteigerung.

Montag, den 9. Februar, Vormittags 10 Uhr sollen im Hofe des hiesigen Posthaltereigrundstücks, Hospitalstraße 48, zwei zweispännige, ausgemusterte Güterpostwagen unter den unmittelbar vor dem Ausgebot bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 30. Januar 1891.

Kaiserliches Postamt 10.
Dehme.

Abkürzung der Ladefristen.

Die Königlich Preußische Eisenbahn-Direction zu Erfurt theilt der Handelskammer mit, daß sie infolge des in der letzten Zeit allgemein wieder aufgetretenen Mangels an bedeckten und offenen Güterwagen genöthigt worden ist, alle für den Herbstverkehr zur Beschleunigung des Wagen-Umlaufs vorgesehenen Maßregeln für beide Wagen-Gattungen wieder einzuführen. Insbesondere sind die Ladefristen für Anschlußgeleis-Besitzer und Ladeplatz-Pächter da, wo diese Maßregel nach den Verhältnissen zulässig und der Beschleunigung des Wagen-Umlaufs dienlich ist, vom 21. d. M. ab wieder auf 6 Stunden herabgesetzt worden. Im Anschluß hieran werden alle Betheiligten aufgefordert, für schleunigste Abfertigung aller ankommenden und abgehenden Sendungen Sorge zu tragen. Nur bei genügendem Entgegenkommen der Versender und Empfänger werden die Eisenbahn-Verwaltungen von einer allgemeinen Abkürzung der Ladefristen absehen können.

Leipzig, den 30. Januar 1891.

Die Handelskammer.
A. Thieme, Vorsitzender. F. Puder, II. S.

Städtische Gewerbeschule.

Diejenigen Eltern und Pflegeeltern, welche gesonnen sind, ihre Söhne und Pflegebefohlenen nächste Ostern der städtischen Gewerbeschule zur Ausbildung und Vorbereitung für das Gewerbe zu übergeben, werden ersucht, im Laufe dieses Monats die Anmeldung derselben bewirken zu wollen.

Zugleich ergeht auch an diejenigen Schüler der hiesigen Fortbildungsschulen, welche aus denselben am Ende dieses Winterhalbjahres gesetzlich ausscheiden und die Absicht haben, den genossenen Fortbildungsunterricht von nächste Ostern ab in den Abendcursen der städtischen Gewerbschule fortzusetzen, hierdurch Aufforderung, sich deshalb ebenfalls rechtzeitig anzumelden. Bemerkt wird hierzu, daß der Abendunterricht der städtischen Gewerbschule sich auf gewerbliche Buchführung, technische Gewerbekunde, Maschinenconstructionen und Mechanik, Baukunde und architektonisches Zeichnen, sowie auf Uebungen im gewerblichen Fachzeichnen und Modelliren erstreckt, also ganz besonders Rücksicht auf das Handwerk eines jeden Schülers nimmt.

Zur Entgegennahme von Anmeldungen, sowie zur Ertheilung von Auskunft, den Unterricht und Bildungsgang der Lehrlinge betreffend, bin ich während der oben angegebenen Zeit und zwar Sonntags von 11 bis 12 Uhr Vormittags und Wochentags — mit Ausnahme vom Sonnabend — Abends von 7 bis 8 Uhr im Schullocale, Johannisplatz 7, bereit.

Leipzig, den 16. Januar 1891.

Der Director:
Dr. Ludw. Nieper.

Anmerkung: Der Eintritt in die städtische Gewerbeschule befreit von der Verpflichtung des Besuchs der allgemeinen städtischen Fortbildungsschule.

Die Türkei.

Die Türkei ist in der neuesten Zeit durch eine ganze Reihe von Vorgängen beunruhigt worden, deren Ursprung zumeist in völliges Dunkel gehüllt ist, deren Absichtlichkeit aber auf feindliche Urheber außerhalb des Landes hindeutet. Es ist kaum anzunehmen, daß das Zusammentreffen der Fehden, welche der armenische und der ökumenische Patriarch mit der türkischen Regierung ausgefochten haben, ein zufälliges ist, besonders ist es nicht aufgeklärt, wie der armenische Aufstand bei der Kirche von Top Kapu entstanden ist. Zuerst gewann es den Anschein, als ob der Geist des Aufruhrs ganz Armenien erfaßt habe, und als ob der Krawall in Top Kapu nur der Widerhall der Klagen wäre, welche sich in Armenien gegen die türkische Willkürherrschaft richteten. Die Unruhen in Erzerum schienen das Zeichen zum Abfall Armeniens gegeben zu haben. Heute ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die ganze Bewegung künstlich angefacht worden ist. In Konstantinopel weht heute ein ganz anderer Wind, denn die große Mehrzahl der wegen der Vorfälle in Top Kapu Verurtheilten ist vom Sultan begnadigt worden, ein Zeichen, daß er den Rest der etwa noch vorhandenen Aufregung zu beschwichtigen bemüht ist. Die heute in Armenien herrschende Ruhe beweist, daß die Armenier noch heute dem Sultan ihre alte Treue bewahren, und daß der Versuch, Zwietracht zwischen Fürst und Volk zu stiften, vergeblich gewesen ist. Daß Mussa Bey nicht das Ideal eines Verwaltungschefs ist, daß die türkischen Paschas überhaupt nicht als die Muster von Humanität anzusehen sind, ist allgemein bekannt. Deshalb ist es aber noch nicht nöthig, daß sich die Armenier nach Abschüttelung des türkischen Joches sehnen und es vorziehen würden, russische Unterthanen zu werden. Der Sultan hat die Beschwerden der Armenier untersuchen lassen und wird gewiß nach Kräften auf Abstellung von Mißständen bedacht sein. Daß nicht allzuviel geschehen wird, liegt im türkischen Volkscharakter, welcher geneigt ist, die Dinge so gehen zu lassen, wie sie gehen, aber so viel an Abdul Hamid liegt, werden gewiß alle Maßregeln ergriffen, um die Zustände in Armenien zu bessern. Einen klaren Einblick in die Sachlage zu gewinnen, ist dem fern Stehenden überhaupt nicht möglich, weil es an Organen fehlt, durch welche die unverfälschte Wahrheit bekannt werden könnte.

Ueber den Stand der Streitfrage, welche vom ökumenischen Patriarchen aufgeworfen worden ist, verlautet gegenwärtig nichts, man erwartet das Irade des Sultans, welches die Wünsche des Patriarchen in dem vom Cultusminister befürworteten Maße erfüllt. Der Artikel im russischen „Regierungsanzeiger", welcher von der in Rußland herrschenden Mißstimmung über den Streit berichtet und die Erwartung ausspricht, daß der Sultan der Sache durch Zugeständnisse ein Ende machen wird, kann nicht dazu dienen, die Beendigung des Streites zu beschleunigen; der Sultan zeigt seit einiger Zeit eine Selbstständigkeit in seinen Entschlüssen, die in Rußland wahrscheinlich nicht sehr angenehm berührt. In der bulgarischen Bischofsfrage hält der Sultan an Dem, was er beschlossen, fest und hat dadurch einen unzweifelhaften moralischen Sieg über Rußland erfochten; der etwas barsch gehaltene Artikel des russischen „Regierungsanzeigers" kann daran nichts ändern.

Ein weiterer Erfolg der türkischen Regierung ist die Zurückweisung, welche die Gerüchte über einen angeblichen Anschlag Frankreichs auf Tripolis in der französischen Kammer erfahren haben. Der französische Minister des Auswärtigen erwiderte auf die Interpellation Pichon's, es hieße den italienischen Zeitungen, welche Frankreich Absichten auf Tripolis zuschrieben, zu viel Ehre erweisen, wenn man diesen Gerüchten irgend welche Bedeutung beilegen wollte. Die ottomanische Regierung, zu der Frankreich in den besten Beziehungen stehe, werde durch diese Gerüchte nicht beunruhigt sein, und Europa könne dieselben ebenfalls nicht ernst nehmen. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob nicht doch die Absicht bestanden hat, in Tripolis plötzlich eine Thatsache zu schaffen, und daß diese nur durch das rechtzeitige Lärmschlagen nicht ausgeführt werden konnte. Nach den in Tunis gemachten Erfahrungen erscheint eine solche Auffassung nicht unberechtigt.

Die neueste Beunruhigung, welche die Türkei erfahren hat, ist durch die Verbreitung des Gerüchtes geschehen, daß eine geheime Uebereinkunft zwischen England und Oesterreich bestehe, durch welche Oesterreich zur Besetzung Salonichis ermächtigt wird. Auf eine Anfrage des türkischen Botschafters in London an Marquis Salisbury erklärte dieser die Nachricht für unbegründet und bemerkte, daß eine solche Uebereinkunft mit der Politik Englands in Widerspruch stehen würde. Auch in Oesterreich beeilte man sich, die Erfindung zurückzuweisen, und das Wiener „Fremdenblatt" erklärte, daß die Beziehungen Oesterreichs zur Türkei so vorzüglich seien, daß derartige grundlose Gerüchte dort keinen Eindruck machen könnten.

Bei allen diesen Anlässen ist in Konstantinopel ein Grad von Festigkeit und Besonnenheit zur Erscheinung getreten, welcher sonst bei der türkischen Regierung nicht beobachtet worden ist. Seit dem Krimkriege entstand das geflügelte Wort vom kranken Mann, unter welchem die Türkei verstanden wurde, aber seit langer Zeit ist von dieser Krankheit nichts zu spüren, im Gegentheil zeigt die Türkei unter Abdul Hamid eine Widerstandskraft und eine Entwickelungsfähigkeit, welche man ihr nicht zugetraut hätte. Abdul Hamid's Hauptstärke besteht in einer klugen Zurückhaltung, welche in erfolgreichen Reorganisationsbestrebungen ihre feste Grundlage findet. Die türkische Regierung läßt keine Gelegenheit vorüber gehen, um die ihr zustehenden Rechte geltend zu machen; mit gleicher Klugheit vermeidet sie aber die Einmischung in Angelegenheiten, welche durch die Verträge Europa vorbehalten sind. Diese Verträge sind mit Rücksicht auf die Schwäche der Türkei geschlossen worden, und besonders war es Rußland, welches die Verträge als werthloses Papier ansah. In dieser Auffassung hat sich Rußland schwer getäuscht; die Türkei unter Abdul Hamid ist ein Factor, mit welchem gerechnet werden muß, weil sie sich den Anforderungen der Zeit gewachsen zeigt. Was verloren ist durch den Berliner Frieden vom 13. Juli 1878, darauf leistet die Türkei Verzicht, aber sie ist sichtlich bestrebt, Das festzuhalten, was sie noch besitzt, und vor allen Dingen diesem Besitz die Festigkeit zu verleihen, welche ihn zu einem unbestrittenen macht. Die Türkei hat wiederholt Einspruch erhoben gegen die Fortdauer der englischen Besetzung Egyptens, und dieser Widerspruch hat trotz der stolzen Abfertigung von englischer Seite seine Wirkung doch nicht verfehlt, weil Frankreich dadurch in seinem Widerstande gegen die englische Besitzergreifung Egyptens bestärkt worden ist. Daß der Weltfriede bis heute bewahrt werden konnte, daran hat die Türkei ein wesentliches Verdienst; der Kampf um den Besitz der Balkanhalbinsel ist dadurch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden, und es haben alle die Kräfte, welche auf die Erhaltung des Friedens hinwirken, eine Stärkung erfahren. Die vortrefflichen Beziehungen, welche zwischen Deutschland und der Türkei bestehen, tragen auch das Ihrige dazu bei, die Befestigung des gegenwärtigen Zustandes in Europa zu fördern, und der Besuch, welchen das deutsche Kaiserpaar in Dolma Bagdsche abgestattet hat, ist nicht ohne wohlthätige Folgen für die Gesammtentwickelung der europäischen Verhältnisse geblieben. *

Leipzig, 31. Januar.

* Das auf Befehl des Großherzogs von Baden und mit Zustimmung des Kaisers in der „Karlsruher Zeitung" veröffentlichte kaiserliche Cabinetsschreiben lautet:

Durchlauchtigster Fürst,
freundlich geliebter Vetter, Bruder und Onkel!

Es gereicht Mir zur ganz besonderen Freude, Ew. Königliche Hoheit hierdurch zu benachrichtigen, daß Ich Ihren Herrn Sohn, Meinen lieben Vetter, den Erbgroßherzog von Baden Königliche Hoheit, Obersten und Commandeur des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113, an dem heutigen Tage zum General-Major befördert und ihn mit Ew. Königlichen Hoheit Zustimmung, unter Stellung à la suite des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113, sowie unter Belassung à la suite Meines 1. Garde-Regiments zu Fuß, des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 und des 1. Garde-Ulanen-Regiments — zum Commandeur der 4. Garde-Infanterie-Brigade ernannt habe. Gleichzeitig spreche Ich Ew. Königlichen Hoheit gern aus, daß Ich durch diese Bestimmung nicht nur Meiner warmen Anerkennung für die hervorragend guten Dienste Sr. Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs, welche derselbe in der Stellung als Regiments-Commandeur dargethan, einen ganz besonderen Ausdruck geben, sondern Mir auch das Vergnügen des persönlichen Umgangs und Gedankenaustausches bereiten will. Ich bin Mir, in voller Uebereinstimmung mit Ew. Königlichen Hoheit, hierbei wohl bewußt, daß die Pflichten Ihres Herrn Sohnes, Meines lieben Vetters, gegen seine engere Heimath ihm ein langes Fernbleiben von derselben nicht gestatten werden. Ich verbleibe mit herzlicher Zuneigung und unveränderlicher aufrichtiger Freundschaft

Ew. Königlichen Hoheit
freundwilliger Vetter, Bruder und Neffe
Wilhelm R.

Berlin, den 27. Januar 1891.
An des Großherzogs von Baden Königliche Hoheit.

* Die jüngst vollzogenen Personalveränderungen in hohen Reichsämtern (Reichsgerichtspräsidium, Unterstaatssecretariat im Reichsamt des Innern, Leitung der Reichskanzlei) werden, wie aus Berlin gemeldet wird, bereits am 1. Februar in Kraft treten.

* Im Bundesrath wurde der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Biersteuer den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Elsaß-Lothringen überwiesen und dem internationalen Uebereinkommen, betreffend den Eisenbahnfrachtverkehr, die Zustimmung ertheilt.

* Dem Vernehmen nach wird dem Reichstage eine Ergänzung zum Reichshaushaltsetat für 1891/92 zugehen, welche die Summe von 28 500 ℳ für die Ministerresidentur in Luxemburg auswerfen dürfte. Bekanntlich ist durch das Ableben König Wilhelm's von Holland die zwischen Holland und Luxemburg bestandene Personalunion gelöst und das Großherzogthum in die Reihen der völkerrechtlich selbstständigen Staaten getreten. Daraus hat sich für Deutschland die Nothwendigkeit ergeben, am Hofe des Großherzogs eine selbstständige Vertretung einzurichten. Der Kaiser hat auch bereits den bisherigen ersten Secretair bei der Botschaft in Madrid, Legationsrath Grafen von Wallwitz, zum Ministerresidenten in außerordentlicher Mission am Hofe des Großherzogs von Luxemburg ernannt. Die im Ergänzungsetat ausgeworfene Summe stellt das Gehalt für den Ministerresidenten und einen Legationskanzlisten dar.

* Durch den socialdemokratischen Antrag auf Verstaatlichung der Apotheken ist die Apothekenfrage wieder zur öffentlichen Discussion gestellt worden. Als Beitrag zur Beurtheilung dieser Frage und zum Beweise dafür, wie wenig es unselbstständigen und unbemittelten Apothekern möglich ist, selbstständig zu werden, wird von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" die Thatsache hervorgehoben, daß vor einigen Tagen in Duisburg die Einhorn-Apotheke von ihrem bisherigen Inhaber nach nur kurzem Besitz für 460 000 ℳ an einen Herrn aus Schlesien verkauft worden ist. Der Verkäufer war früher Besitzer der Löwen-Apotheke in Dortmund, die er nach ca. vierjährigem Besitz mit einem Nutzen von über 100 000 ℳ verkaufte. Ebenso wurde auch vor Kurzem in Gelsenkirchen die Freyer'sche Apotheke für circa 370 000 ℳ verkauft. Wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen vielfach die Preise der Apotheken steigen, beweist der Werth einer Apotheke in Speicher, einem Dorf des Eifelkreises Bitburg. Dort wurde vor 12 Jahren eine neue Apotheke concessionirt. Seitdem hat dieselbe schon fünf Mal ihren Besitzer gewechselt. Die Verkaufspreise stiegen auf 39 000 ℳ, 45 000 ℳ, 54 000 ℳ, 66 000 ℳ, 86 000 ℳ.

* Die Berichte Wissmann's über die Emin Pascha-Angelegenheit sind, wie aus Berlin gemeldet wird, jetzt beim auswärtigen Amt eingetroffen und werden in Kürze veröffentlicht werden.

* Die „Hamburger Nachrichten" bestätigen, daß Dr. Karl Peters zum Stellvertreter des Gouverneurs von Soden in Ostafrika ausersehen, vielleicht schon ernannt sei.

* Die durch die vorjährige Hochwassergefahr wie schon früher öfter erwiesene Nothwendigkeit der Tieferlegung der Hochwasserstände des Bodensees ist erfreulicherweise bei den betreffenden Betheiligten nicht in Vergessenheit gerathen. Neuerdings hat sich das badische Staatsministerium mit den von der Regierung des Cantons Thurgau am Ausflusse des Untersees vorgesehenen Arbeiten einverstanden erklärt und die Geneigtheit ausgesprochen, die Verhandlungen über Tieferlegung der Hochwasserstände mit den schweizerischen Behörden wieder aufzunehmen, sowie zugleich bei den mitbetheiligten Regierungen von Bayern und Württemberg einleitende Schritte zu thun.

* * *

* Der Nestor der dänischen Journalisten, der vormalige Redacteur Jacob Davidsen, ist im hohen Alter von über 78 Jahren gestorben. Der Verstorbene war ursprünglich Typograph, später als Uebersetzer beschäftigt und gleichzeitig schon in jüngeren Jahren als Journalist thätig. Als solcher war er ein geschätzter Mitarbeiter des conservativen Kopenhagener Tageblattes „Flyveposten" (fliegende Post). Als Politiker war Davidsen der erbitterte Gegner der in den Jahren 1850—1864 allmächtigen nationalliberalen Partei in Dänemark und gehörte zu den Wenigen im Lande, welche den damaligen Conflict mit Deutschland und die von den Nationalliberalen geschaffenen Zustände in den Herzogthümern schärfer und ahnungsvoller beobachteten als die verblendete dänische Journalistik damaliger Zeit. Unzählige Artikel aus der Feder des Verstorbenen zeugen von einem seltenen politischen Vorgefühl, aber ebenso unzählig sind die Kränkungen und Verhöhnungen, welche diesem scharfblickenden Politiker zu Theil wurden. Davidsen hat die glänzendste Genugthuung in einem späteren Lebensstadium erfahren. Die unerbittlichen Thatsachen rechtfertigten die Richtigkeit seiner Auffassungen sowohl in der äußeren wie in der inneren Politik Dänemarks. Nachdem „Flyveposten" ein Opfer seiner Zeit geworden war, wurde D. ein thätiger Mitarbeiter der „Rigstidende" (Reichszeitung), die freilich nur ein kurzes Dasein fristete. Später war D. Redacteur des Wochenblattes „Der Conservative" und schließlich ein fleißiger Mitarbeiter des Kopenhagener Tageblattes „Avisen". Außerdem war der Verstorbene der Kopenhagener Correspondent der norwegischen Zeitung „Morgenbladet", und seine Artikel in diesem conservativen Hauptorgan der norwegischen Presse fanden häufig Widerhall in der deutschen Presse. Im letzten Jahrzehnt seines Lebens veröffentlichte er werthvolle Beiträge zur Geschichte seiner Zeit und seiner Vaterstadt Kopenhagen. Trotz seines hohen Alters war D. ein ungemein fleißiger und ununterbrochen thätiger Mann, und er hinterläßt das Andenken eines ehrlichen und aufrichtigen Vaterlandsfreundes, dessen Werth leider nur zu lange verkannt worden ist.

* In diplomatischen Kreisen zu Belgrad bildet zur Zeit der „Fall" Sergijew das fast ausschließliche Gesprächsthema. Wassili Konstantinowitsch Sergijew, erster Legationsrath der russischen Gesandtschaft und oft auch Leiter derselben, verläßt nämlich in Folge eines Streites mit seinem Chef den diplomatischen Dienst, trotzdem er sich bedeutender Protection bei Hofe erfreut. Er ist ein Schwiegersohn des russischen Finanzministers. Sergijew gehört zu jener diplomatischen Richtung, deren rührigster Vertreter der russische Gesandte in Bukarest, Herr Hitrowo, ist, während sein Chef, der russische Gesandte in Belgrad, Herr Persiani, die entgegengesetzte Richtung verfolgt und die Balkan-Völker nicht lediglich als „Fragen" betrachtet, welche man nach eigenem Gutdünken stellt und behandelt. Eine Zeit lang hatte es den Anschein, als ob die friedlichere Art und Weise Persiani's dem agitatorischen Wesen seines Legationsrathes unterliegen würde. Persiani wurde im Sommer krank und es wurden über ihn von Seiten russischer Correspondenten in Belgrad verleumderische Nachrichten verbreitet. Dazu kam, daß Herr Sergijew sich derart für die Königin Natalie ins Zeug legte, daß er es sowohl mit der serbischen Regierung als auch mit Sinowjew, dem Chef der asiatischen Abtheilung in Petersburg, welcher Serbien untersteht, verdarb. Herr Persiani kehrte nach Belgrad zurück und Herr Sergijew verläßt seinen Posten.

* Das gesammte serbische Cabinet hat seine Entlassung genommen. Die wahre Ursache der Demission des Ministers des Innern Gjaja ist die, daß er eine allgemeine Politik des Cabinets in radicalem Sinne wünschte. Wahrscheinlich wird Paschic mit der Neubildung des Cabinets beauftragt werden.

* Laut Kiewer Meldungen beschlossen die jüdischen Ladenbesitzer, welche durch den dortigen Polizeibefehl, nur [illegible] halten zu dürfen, betroffen sind, die Bezahlung ihrer Wechsel einzustellen, da sie geschäftlich schwer geschädigt würden. Ein Moskauer Kaufmann, der 45 000 Rubel in Kiew eincassiren wollte, mußte mit diesem Bescheid ohne Geld zurückkehren. — Erst nachträglich wird hier bekannt, daß die finnische Zeitung „Suez" wegen einiger anstößiger Neujahrsartikels, überschrieben „Am Fuße des Vulcans" und „Das verflossene Jahr", sofort unterdrückt worden ist.

* Bei Berathung der Interpellation Reinach in der französischen Deputirtenkammer, betreffend das Verbot der Aufführung von „Thermidor", protestirten Fouquier und Reinach gegen das Verbot im Namen der dramatischen Kunst und der Freiheit. Reinach drückte seinen Abscheu aus über das Schreckensregiment. Arène bezeichnete das Stück „Thermidor" als nicht loyal, denn es stelle die Verbrechen, aber nicht den Ruhm der Revolution dar. Die Minister Bourgeois und Constans begründeten das Verbot ausschließlich mit der Rücksicht auf Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Clémenceau erklärte, die Revolution sei ein Ganzes, und wer einen Theil derselben angreife, greife das Ganze an. Er und seine Freunde würden die Revolution nicht beschimpfen lassen. Auf einen Zwischenruf von der Rechten wandte sich Clémenceau gegen dieselbe mit den Worten: „Ihre Vorfahren waren während der Revolution in den Reihen der Feinde Frankreichs!" Graf de Mun fragte die Regierung, ob sie die von Clémenceau vorgebrachten Theorien theile und dadurch Frankreich in zwei Lager spalten wolle. Ministerpräsident Freycinet erwiderte, diese Frage sei fast beleidigend, die Regierung bewahre die Errungenschaften der Revolution und sei nur an der Seite Derjenigen zu finden, welche diese Gesinnung theilten. Man werde nicht annehmen, daß die Regierung die Ausschreitungen der Schreckensherrschaft billige. Die von Freycinet verlangte einfache Tagesordnung wurde mit 315 gegen 192 Stimmen angenommen und die Sitzung sodann geschlossen.

Zum Koch'schen Heilverfahren.

* Daß die epochemachende Entdeckung Koch's jenseits der Vogesen nicht gerade mit günstigen Augen angesehen worden ist, findet ein gewisses Verständniß in dem Chauvinismus, von welchem selbst die wissenschaftlichen Kreise sich nicht frei gehalten haben. Doch den Thatsachen gegenüber wagte es Niemand, daran zu zweifeln, daß die von Koch dem Mittel zugesprochenen Wirkungen in der von ihm selbst betonten Begrenzung absolut erwiesene seien. An Tausenden von Patienten ist die Wirksamkeit desselben erprobt worden, und die Zahl Derer war eine sehr geringe, welche auf Grund ihrer Beobachtungen nicht ganz zu den von Koch gezogenen Schlüssen gekommen sind. Keineswegs sind jedoch unter den Tausenden von Fällen, welche mit der Koch'schen Lymphe behandelt worden sind, Vorkommnisse zu verzeichnen gewesen, wie sie wohl dem Mittel [illegible] werden. Dazu bedurfte es erst des erlösenden Signals durch Herrn Virchow, welcher an einer Reihe von verlorenen Fällen, die zur Section gekommen, Veränderungen constatiren zu müssen glaubte, die er einzig dem Mittel zuschreibe, da er, wie er erklärte, solche Veränderungen bei analogen Präparaten früher noch nicht zu Gesicht bekommen habe. Er selbst sprach die von ihm gemachte Deutung als eine Vermuthung aus. [illegible] daran that, erweist am besten das Debatten, das er [illegible] in einer späteren Mittheilung gab. Er fand dieselben Veränderungen, die er dem Koch'schen Mittel zugeschrieben hatte, an einem Präparate, welches der Leiche eines Mannes entstammte, der niemals mit der Koch'schen Lymphe behandelt worden war. Des Weiteren wurden nunmehr von ihm Fälle demonstrirt, in welchen infolge der Injectionen des Koch'schen Mittels acute Miliartuberculose entstanden sein sollte. Virchow begründete dies, indem er eine neue Vermuthung aussprach, nämlich die, daß durch das Koch'sche Mittel die Bacillen mobil gemacht werden, so den Körper überschwemmen und die acute Miliartuberculose erzeugen. Freilich kann man auf den Sectionstischen des pathologischen Institutes neben Fällen, die mit der Koch'schen Flüssigkeit behandelt worden sind und das Bild der acuten Miliartuberculose darbieten, täglich die gleichen Befunde an Fällen sehen, welche nicht mit Koch'scher Lymphe behandelt wurden. Schließlich dürfen wir auch nicht vergessen, daß trotz der großen Autorität Virchow's auch damals [illegible] auf so und so viele